

Die Guten und die Bösen

Mathias Bröckers/Paul Schreyer

Telepolis, 18.08.2014

Der hier veröffentlichte Text ist das Einleitungskapitel aus dem am 1. September im Westendverlag erscheinenden Buch: "Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren"[1] (208 Seiten, EUR 16.99, als eBook [2] EUR 12,99) von Mathias Bröckers und Paul Schreyer, die beide auch für Telepolis schreiben.

Ansichten eines Putinverstehers

Wladimir Putin ist Macho und Macher, Zar und Star, coole Sau und weiser Patriarch - der Alleskönner in der Champions League der Weltpolitik. Er angelt die dicksten Fische, reitet zu Pferd durch die Taiga, fliegt mit Kranichen im Ultraleichtflieger und steuert Düsenjets. Er betäubt den sibirischen Tiger mit einem gezielten Schuss, spielt Klavier, singt Fats Domino und kann Goethe rezitieren. Er ist sportgestählt und trägt den schwarzen Gürtel im Judo, ist Doktor der Rechtswissenschaft, Ex-Major des Geheimdiensts und Präsident des größten Flächenlands der Erde. Ohne Frage: ein Held.

Kaum ein Tag vergeht ohne Fototermine, deren Bilder diesen Mythos bis in den hintersten Winkel des russischen Riesenreichs transportieren. Solche Inszenierungen gehören überall in der Welt zum Alltag politischer PR, doch kaum einer aus der Riege internationaler Spitzenpolitiker kann es in Sachen Multitasking und Allroundtalent mit der Show dieses Supermanns aufnehmen - Putin ist Kult.

Selbst Kritiker dieser selbstreferentiellen Herrscherinszenierung bekennen: Der Kerl hat es irgendwie drauf. Den Draufgänger und Kämpfer ebenso wie den bedächtigen Vater, der Mütterchen Russland geschickt über die Klippen geleitet, den harten Hund ebenso wie den gewieften Schachspieler und Strategen. Und selbst für seine übelsten Scherze, die er unter der Hand und bei vermeintlich ausgeschaltetem Mikrofon macht - zum Beispiel über den ehemaligen israelischen Staatspräsident Mosche Katzav, der 2006 wegen Vergewaltigung vor Gericht stand: "Er ist ein toller Kerl. Hat zehn Frauen vergewaltigt. Das hätte ich von ihm nicht erwartet. Er hat uns in Erstauen versetzt. Wir beneiden ihn alle." -, erntet der Supermacker Putin in gewissen Kreisen noch Respekt.

Während im Westen derlei Attitüden und Inszenierungen in der Regel als Beleg für den Rückfall in absolutistische Herrschaftsformen gesehen werden, wird Präsident Putin in seiner dritten Amtszeit von der heimischen Bevölkerung höher geschätzt als je zuvor. Denn einer großen Mehrheit nicht nur der alten, sondern auch der jungen Russinnen und Russen, die wahrlich keine Sympathien für sein autokratisches System hegen, ist bewusst: Ihr Land wäre zerfallen und das Chaos größer geworden, hätte Putin nicht dem wilden Anarcho- Kapitalismus ein Ende gesetzt, bei dem nach dem Ende der Sowjetunion der Staat von der Privatwirtschaft übernommen und zur privaten Profitsicherung benutzt wurde.

Die Staatskassen waren bei Putins Amtsübernahme 1999 leer, die Auslandsschulden hatten sich bedrohlich angehäuft, der Staatsapparat funktionierte nicht mehr, das Sozialsystem war zusammengebrochen, die Kriminalität hatte beängstigende Formen angenommen, Clans und Oligarchen kämpften um die letzten verbliebenen Filetstücke einstigen Staatseigentums und islamistische Separatisten aus Tschetschenien trugen den Bombenterror bis nach Moskau. Kurz: Nach kaum acht Jahren

lief die "Befreiung vom Kommunismus" für Russland auf eine unendliche Katastrophe hinaus. Es waren nicht Meinungsfreiheit und Pluralismus, nicht Zivilgesellschaft und Liberalität, die der Bevölkerung wichtig waren, es war das simple Überleben: die Auszahlung von Renten und Löhnen, die Gesundheitsversorgung, die Sicherheit auf der Straße durch ein Minimum an Recht und Ordnung.

Dass Putin zu diesem Zweck rabiate Mittel einsetzte - den demokratischen Pluralismus einschränkte, das Parlament entmündigte, die Oligarchen unter Kontrolle brachte, die Schlüsselindustrien wieder in Staatseigentum überführte und einen zentralistisches Präsidialsystem schuf -, wurde und wird von westlicher Seite gern als das Ende des postkommunistischen Aufbruchs in die "Freiheit" gesehen. Für die große Mehrheit der russischen Bevölkerung indessen war es das Ende des unter Gorbatschow und Jelzin entstandenen Chaos, das eine "Freiheit" gebracht hatte, die vor allem durch sozialen Niedergang gekennzeichnet war.

Seit der Westen sich im Kampf mit Putins Russland um die Ukraine wähnt, werden auch in Deutschland längst vergessene Kriegsängste wieder wach. Doch worum geht es in diesem Spiel wirklich? Und welche Rolle spielen die Medien? Irritiert spüren viele Leitartikler, wie ein wachsender Teil der Leserschaft ihnen nicht mehr länger folgt. Öffentliche und veröffentlichte Meinung gehen drastisch auseinander. Kritisiert wird eine Einseitigkeit in der Berichterstattung, die den Medienmachern selbst als böse Unterstellung gilt. Dabei ist das ständige Mantra vom "bösen Putin" kaum zu überhören. Wie kommt es, dass dem Publikum kein komplexeres Bild zugemutet wird? Bröckers und Schreyer schauen hinter die Kulissen und analysieren neben der Rolle der Medien auch den historischen Hintergrund des Ukraine-Konflikts, sowie die Rolle der Geopolitik. Denn tatsächlich sind Geostrategie und internationale Machtpolitik kein vergangenes Relikt des Kalten Krieges, sondern ein sehr einflussreiches Instrument der Gegenwart. Wer aber sind die realen Akteure und welche Interessen verfolgen sie?

Diesen Raubtierkapitalismus, der über Russland hergefallen war wie ein Kannibale über einen Säugling, gebändigt und das wirtschaftlich wie sozial ruinierte Land wieder auf einen prosperierenden Weg gebracht zu haben - das ist die Leistung, für die Putin als "Retter Russlands" gewählt wurde und geliebt wird. Dass er dazu die Demokratie in eine "Demokratur" verbog, dass er Meinungs- und Pressefreiheit einschränkte, dass nicht nur das Parlament, sondern auch die Justiz durch eine Machtvertikale von oben "gelenkt" werden, dass er Privateigentum und Marktwirtschaft zwar rechtlich etablierte, sie aber in ein staatskapitalistisches Korsett drängte und querschießende Oligarchen beseitigte, dass er nationale, patriotische Elemente stets betont und den Wertekanon des Westens verspottet: All dies hat Putin in den westlichen Medien zu einer Unperson gemacht und den Kreml, kaum hatte er sein Image als Hort blutrünstiger kommunistischer Kader abgestreift, erneut zu einer Bastion des Bösen.

Für die meisten der 150 Millionen Russen stimmt dieses Bild jedoch nicht. Dass das System Putin Werte wie Meinungsfreiheit und Toleranz eher gering schätzt, ist in ihren Augen keineswegs so verwerflich, denn was unter dem Banner dieser Werte in den neunziger Jahren über das Land hereingebrochen war, haben die meisten in schlimmerer Erinnerung als die übelsten Entbehrungen der Sowjetzeit. Was half es, dass man sich ab 1991 mit einem Geschäft selbstständig machen konnte, wenn gleich nach der Eröffnung mafiöse Banden Schutzgeldforderungen stellten? Wem brachte die freie Auswahl luxuriöser Limousinen etwas, wenn Mercedes und BMW nur für Oligarchen und Gangster erschwinglich waren? Wem nützten das neue Wer-

befernsehen und sein überbordendes Warenangebot, wenn nicht einmal die minimale Rente regelmäßig eintraf?

Was den Bürgerinnen und Bürgern Russlands, die Jahrhunderte unter der Knute des Zaren und unter dem Diktat der Kommunisten gelebt hatten, nach der Wende seitens des vermeintlich "werteorientierten" Westens übergestülpt wurde, war Raubtierkapitalismus in Reinkultur. Unter der Flagge von Freiheit und Menschenrechten waren Gier und Gewalt eingezogen, statt eines bürgerlichen Rechtsstaats ein archaisches, anarchisches Unrechtssystem, statt finanzieller Hilfen bei der Transformation des untergegangenen Staats eine Horde internationaler Bankster und Spekulanten, die das Staatseigentum zu ihrer Beute machten. Selbst die italienische Cosa Nostra, die Späher in das neue kriminelle Eldorado Russland ausgesandt hatte, zog sich gleich wieder zurück: Die Russenmafia war den wahrlich nicht für Skrupel bekannten Italo-Mafiosi zu skrupellos.

Dass nach solchen Erfahrungen die "Wertegemeinschaft" des Westens bei den Russen keinen allzu hohen Stellenwert genießt, sollte niemanden wundern - ebenso wenig wie die Tatsache, dass diskriminierende Gesetze gegen Homosexuelle oder die Verurteilung von Pussy Riot in Russland mehrheitlich als Lappalie gesehen werden und nicht wie im Westen als eklatanter Bruch der Menschenrechte, der schon fast nach "humanitärer" Militärintervention schreit. Dass auch in Deutschland grölende Punk-Tussis verhaftet und bestraft würden, wenn sie im Kölner Dom aufträten, dass auch hier erst seit wenigen Jahrzehnten Schwule und Lesben nicht mehr kriminalisiert werden und dass etwa der TV-Auftritt eines bärtigen Travestie-Freaks wie Conchita Wurst noch vor wenigen Jahren zu einem breiten Aufschrei kultureller Empörung geführt hätte: All dies fällt bei der schulmeisterlichen Arroganz unter den Tisch, mit der der Westen russische Verstöße gegen seinen Wertekanon moniert und aufbläst.

So berechtigt Kritik an der aktuellen demokratischen Verfasstheit Russlands sein mag: Sobald diese Kritik zur Waffe eines Werteimperialismus gerät, der den zu "befreienden" Kolonien aufgezwungen oder gar als Teil der sogenannten Sicherheitspolitik zum "Menschenrechtsbellizismus" wird, entwertet sie sich selbst. Wer glaubt, dass es beim Krieg in Afghanistan um die Durchsetzung von Frauenrechten und Mädchenschulen geht, bei der Eroberung des Iraks um die Etablierung von Demokratie oder beim Krieg gegen Libyen um die Befreiung der Bevölkerung von einem irren Diktator, ist ein bedauernswertes Opfer der Propaganda, mit welcher der "werteorientierte" Westen seine imperialen Feldzüge verkauft - Feldzüge, bei denen es sich nicht um Humanität und Menschenfreundlichkeit, sondern immer um Macht- und Geschäftsinteressen dreht, wobei es in aller Regel um Rohstoffe und Ressourcen geht.

Und genau hier liegt der Kern des Konflikts des Westens mit Russland: Nicht Putins autokratische Regierungsführung oder homophoben Gesetze sind der Grund, warum er im Westen zur Unperson wurde - viele der Alliierten des Westens rangieren diesbezüglich weit unter dem Niveau Russlands -, sondern die Tatsache, dass er den immensen Ressourcenreichtum Russlands der fröhlichen Ausbeutung durch transnationale Konzerne entzogen und unter die Kontrolle des Staats gebracht hat. Und damit hat er sich auch wieder zu einem wichtigen Player im "Great Game" gemacht - dem seit Jahrhunderten währenden Kampf der großen Nationen um die Rohstoffe und Ressourcen dieser Erde.

Weswegen wir Putinversther wurden

Seit im Zuge der Krise um die Ukraine in den Medien das Wort "Putinversther" aufgetaucht ist und als Diskreditierung all jener eingesetzt wird, die sich weigern, diesen Konflikt als Schwarzweißfilm mit eindeutiger Rollenverteilung in Gute (USA, EU und Nato) und Böse (Putin und Russland) zu sehen, sind wir, die Autoren, bekennende Putinversther. Dass "Verständnis" nicht "Zustimmung" oder "Akzeptanz" bedeutet - diese semantische Klarstellung scheint wichtig zu sein: Hitler zu "verstehen" heißt keinesfalls, ihm zuzustimmen.

Und so verhält es sich auch mit dem russischen Präsidenten, der schon oft mit Hitler verglichen wurde: Hillary Clinton, ehemalige US-Außenministerin und potentielle Präsidentschaftskandidatin, sorgte für die internationale Premiere des neuen Hitler-Vergleichs, Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble legte indirekt nach, indem er den Beitritt der Krim zu Russland mit Hitlers Einnahme des Sudetenlands gleichsetzte. Der Verweis auf den Bad Boy Nummer eins der politischen Zeitgeschichte scheint im Zuge der medialen Zuspitzung kriegesischer Konflikte offenbar unvermeidlich und ist - auch wenn sich angesehene Intellektuelle dieses Jobs befleißigen und uns wie Hans Magnus Enzensberger vor dem Irakkrieg etwa Saddam Hussein als neuen Hitler präsentieren - nichts anderes als dumpfe Propaganda.

Das heißt nun nicht, dass der Nicht-Hitler Wladimir Putin ein Waisenknabe, sein Regierungsstil der eines "lupenreinen Demokraten", wie Ex-Kanzler Gerhard Schröder ihn einmal nannte, und Russland ein freiheitlicher Rechtsstaat ohne Fehl und Tadel sei. Das ist nicht der Fall, und Kritik an der Amtsführung des russischen Präsidenten ist in mancher Hinsicht berechtigt. Dass jedoch der Versuch, die Motive Russlands in der Ukraine-Krise zu verstehen und Einsicht in die Beweggründe und Ursachen von Putins Handeln zu gewinnen, diskreditiert und "Putinversther" (oder "Russlandversther") als Schimpfwort gebraucht wird, kommt einer Diffamierung jeder Art von Analyse gleich. Wo jedoch nicht mehr analysiert werden darf, da herrscht Ideologie, wo Verstehen verboten wird, regieren Glaubensbekenntnisse.

Deshalb bekennen die Autoren sich neuerdings und ausdrücklich als "Putinversther". Denn je boshafter, hitlerartiger Putin in den Medien porträtiert wird, desto wichtiger wird ein nüchternes und realistisches Verstehen - nicht durch psychologisierende Spekulation über eine Person, sondern durch politische Analyse, nicht durch einseitige Ideologie, sondern durch ein möglichst objektives Erkennen der Lage.

Von einem solchen möglichst neutralen Erkenntnisgewinn haben sich die westlichen Medien während der gesamten Krise in der Ukraine weitgehend - und seit der Zuspitzung der Lage im November 2013 nahezu vollständig - verabschiedet. Und so kam es, dass die im Westen verbreitete Ideologie mit Putin als neuem Quasi-Hitler von der Bevölkerung mehrheitlich als solche erkannt wurde und sich die Journalisten wunderten, dass ihre über Monate auf allen Kanälen penetrierte Freund-Feind-Unterscheidung vom Publikum nicht angenommen wurde.

Selten klafften veröffentlichte Meinung und öffentliche Meinung weiter auseinander. Mehr als die Hälfte aller Deutschen äußerte in Umfragen im April 2014 Verständnis für die Haltung Russlands und sah im Anschluss der Halbinsel Krim kein Überschreiten einer "roten Linie", dem militärisch entgegengetreten werden sollte; mehr als drei Viertel der Bevölkerung wollen keinen neuen Kalten Krieg.¹ Anfangs wurde die Tatsache, dass sich die sogenannten "meinungsbildenden" Medien ihrer entscheidenden Funktion beraubt sahen, weil die öffentliche Meinung nicht der veröffentlichten ihrer Leitartikler und Redakteure entsprach, mit dem Verdacht erklärt, der in Leserbriefen und Kommentaren im Netz geäußerte Protest sei "von Moskau organisiert".²

Das Misstrauen gegenüber den Verlautbarungen etablierter Politik und Medien ist im Zuge der Ukraine-Krise erheblich gewachsen

Nachdem dann repräsentative Umfragen die weite Verbreitung des Unglaubens belegten und man Moskau zwar reichlich Böses andichten konnte, aber nicht die Fähigkeit, mehr als vierzig Millionen Deutschen das Gehirn zu waschen, verlegten sich die Journalisten auf psychologische Deutungen, mit Erklärungen, die freilich kaum weniger krude ausfielen als die Theorie einer Propagandaverschwörung des Kremls. Da wurden dann die Sympathien für Putin mit dem unausrottbaren Hang der Deutschen zu "starken Führern" erklärt oder mit der Ignoranz von zu reichen und saturierten Wohlstandsbürgern, die einfach nur ihre Ruhe haben wollen, oder mit der Feigheit des "deutschen Michel", der alles außer Krieg will, sowie mit der schlichten intellektuellen Beschränktheit der "Putinverstehers", deren Verständnis sich aus Unwissen und Halbwahrheiten speisen würde. Dass sie selbst vielleicht Desinformationen und Halbwahrheiten verbreitet haben könnten, auf diesen Gedanken kamen die Medienmacher nicht.

Und so wiesen sie den Vorwurf einseitiger Berichterstattung entrüstet weit von sich und fuhren fort in ihrer Schwarzweißmalerei, die Russland auf die Person Putin, einen machtsüchtigen Autokraten, reduzierte und als Gegenstück den anonymen "Westen" inszenierte, der nur das Gute wollend hilflos einem aggressiven Tyrannen ausgeliefert ist.

Dass die massive Einmischung des Westens in die Angelegenheiten der Ukraine dazu heruntergespielt und das Monster Putin massiv aufgeblasen werden musste, versteht sich von selbst. Weniger selbstverständlich und deshalb überraschend, für die Medien ebenso wie für die Politik, war die Tatsache, dass dieses Schattenspiel vom Publikum so schnell durchschaut wurde. Ob das nun einfach nur am undefinierbaren Bauchgefühl der Bevölkerung lag oder an den Erfahrungen mit gefälschten Kriegsanklägen wie in Jugoslawien ("Hufeisenplan") und Irak ("Massenvernichtungswaffen") in der jüngeren Vergangenheit oder an der wachsenden Dominanz von Internet und Social Media, die alternativen Nachrichten schnelle und große Verbreitung ermöglichen und so den ehemaligen Leitmedien zunehmend den Rang ablauften?

Welche Faktoren auch immer dafür verantwortlich sind: Das Misstrauen gegenüber den Verlautbarungen etablierter Politik und Medien ist im Zuge der Ukraine-Krise erheblich gewachsen. Und dies zu Recht, wie wir im Folgenden deutlich sehen werden. Dass schon 2013 bei einer Umfrage von Transparency International 54 Prozent der Deutschen die Medien für korrupt hielten, passt da ins Bild.³

"In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt", so fasste unlängst Egon Bahr, einer der Architekten von Willy Brandts Ostverträgen, seine jahrzehntelangen Erfahrungen als Außenpolitiker vor einer Schulklasse zusammen. Ihren Bericht über den Auftritt des sozialdemokratischen Urgesteins in Heidelberg überschrieb die Rhein-Neckar-Zeitung: "Egon Bahr schockte Schüler: Es kann Krieg geben". Und wir sollten uns mit diesem alten Fahrensmann der Außenpolitik merken: Wenn es ihn in der Ukraine gibt - und der Bürgerkrieg ist ja bereits im Gange -, dann ist es definitiv kein Krieg um Demokratie und Menschenrechte, sondern um die Interessen von Staaten.

In diesem Buch werden wir deshalb versuchen, die Interessen der beteiligten Staaten so darzustellen, wie sie sich auf dem Schachbrett geopolitischer Auseinandersetzungen

zungen darbieten - jenseits der propagandistischen Verbrämungen und Verzerrungen, mit denen Kriege seit je aufgeladen werden. Um diese Interessenlage aufzuheben, müssen wir auf die Entwicklungen der vergangenen fünfundzwanzig Jahre zurückblicken: auf das Ende des Kalten Kriegs, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Niedergang der Sowjetunion und die Entstehung der Russischen Föderation ebenso wie auf die Entwicklungen der Europäischen Union, der Nato und der Supermacht USA. Und natürlich müssen wir uns die Geschichte der Ukraine anschauen, das große Land zwischen Europa und Asien, das jetzt von einem Krieg zerrissen zu werden droht, was weder im Interesse seiner Bürger noch in dem der Welt sein kann. Dass die beiden größten Atommächte, die USA und Russland, dabei direkt aufeinander losgehen, mag durch das Gleichgewicht des nuklearen Schreckens nach wie vor ausgeschlossen sein, doch auch ein mit Stellvertretern und verdeckten Mitteln geführter Krieg ist keine wünschenswerte Perspektive.

Die geostrategischen Interessen hinter dem Ukraine-Konflikt

Auf einen wesentlichen Unterschied zwischen Russland und der Ukraine wurde in jüngster Zeit häufig hingewiesen: In Moskau bestimmt seit Putin die Politik, welche Oligarchen Geschäfte machen dürfen, in der Ukraine bestimmen die Oligarchen, wer in Kiew Politik machen darf. Solange Gorbatschow und der oft betrunkene Jelzin die Amerikaner in Russland Business machen ließen, war alles in Ordnung, erst als Putin den Ausverkauf stoppte und den Oligarchen Michail Chodorkowski ins Gefängnis steckte, weil er sein ergaunertes Ölimperium an Big Oil USA verkaufen und politisch aktiv werden wollte, wurde die Politik des Kremls zum Problem.

Auch in Kiew lief alles lange einigermaßen gut, bis sich die USA mit der CIA und unzähligen NGOs massiv einmischten, um eine "orangene" Revolution vom Zaun zu brechen. Seitdem ist der bisherige Oligarchen-Pluralismus gestört und stärker gespalten denn je - in ein eher dem Westen und ein dem Osten zugeneigtes Lager.

Zu Letzterem zählte die Regierung Janukowitsch, die deshalb mit Unterstützung des Westens im Februar 2014 weggeputscht und durch ein westlich orientiertes Marionettenregime ersetzt wurde. Dass auch unzufriedene, weil verarmte und perspektivlose Bürger auf dem Maidan gegen eine korrupte und kleptokratische Regierung protestierten, ist völlig unbestritten; ebenso klar sollte sein, dass diesen bei dem "Regime-Change" nur eine Statistenrolle zukam. Erzwungen und durchgeführt wurde er von den gewalttätigen Sturmtruppen des Rechten Sektors und von Scharfschützen, die auf dem Maidan wahllos in die Menge feuerten (siehe Kapitel 7) - zwei Tage vor der Vertragsunterzeichnung für einen friedlichen Übergang mit Neuwahlen zwischen Viktor Janukowitsch und dem deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und seinen EU-Kollegen.

Dass es sich bei diesen Killern um Söldner handelte, die weder von der amtierenden ukrainischen Regierung noch seitens der EU oder Russlands angeheuert waren: Dieser Verdacht erhärtet sich mit jedem Tag, den das neue Regime in Kiew diesen Massenmord nicht untersucht und aufklärt. Gäbe es nur den Anschein eines handfesten Beweises, dass die Russen oder der ihnen freundlich gesonnene, demokratisch gewählte Präsident Janukowitsch an dieser Eskalation des Konflikts beteiligt waren: Wir könnten sicher sein, dass er uns längst im Breitbandformat präsentiert worden wäre. Nein: Dass Steinmeier und seine EU-Kollegen vorgeführt und ihr Vertrag für einen friedlichen Übergang und Neuwahlen sofort wieder Makulatur wurde, konnte weder im Interesse Russlands noch Janukowitschs liegen.

Letzterer wurde dann mit Gewalt abgesetzt und verjagt, und Putin sah sich gezwungen, Russlands Marinestützpunkt in Sewastopol auf der Halbinsel Krim zu sichern - was mit einer halbwegs verlässlichen Regierung in Kiew und dem noch Jahrzehnte währenden Pachtvertrag völlig unnötig gewesen wäre, nicht aber bei einem von den USA installierten Putschregime. Das Schwarze Meer ist für Russlands Gas- und Ölverkäufe in den Süden essentiell - und eben darum geht es Big Oil, den Oligarchen der USA, die den frisch eroberten Rohstoff aus Irak und Libyen sowie Erdgas aus Katar über eine Pipeline an Jordanien, Israel, Libanon und Syrien verkaufen wollen. Dass der Syrer Assad aber lieber einen Deal mit Putin abschloss, um die schon bis in die Türkei führende russische Blue Stream Pipeline ans Mittelmeer zu verlängern, ist ein wesentlicher Hintergrund des vom Westen finanzierten "Regime-Change" in Syrien. Auch dort geht es nicht um Demokratie, Menschenrechte oder die Beseitigung eines Diktators, sondern um die Beseitigung eines unpassenden Herrschers und um ein Geschäft, das man sich von Russland nicht verderben lassen will.

Aus dem gleichen Grund hat der Hegemon aus Amerika schon lange Russlands Planungen einer eurasischen Zoll- und Handelsunion auf dem Kieker. Auch dass China, Indien und andere mit den Russen Milliarden deals abschließen und neuerdings ihre Öl- und Gaslieferungen nicht mehr in US-Dollar, sondern in Landeswährung bezahlen können, kann nicht dulden, wer wie die USA "einzige Weltmacht" sein will. Gleiches gilt für die Kontrolle über die Bodenschätze im Kaspischen Becken, von denen der amerikanische Geostratege Zbigniew Brzezinski fordert, dass "keine einzelne Macht Kontrolle über dieses Gebiet erlangen" darf und ein "ungehinderter wirtschaftlicher und finanzieller Zugang" für die "Weltgemeinschaft" sichergestellt werden müsse - wobei er unter "Weltgemeinschaft" statt eines multipolaren Pluralismus natürlich die von den USA dominierten Kräfte der Globalisierung versteht: "Somit kann das Bemühen Russlands, allein über den Zugang zu bestimmen, nicht hingenommen werden", betont Brzezinski.⁴

Insofern wundert es auch nicht, dass Joschka Fischer, ehemaliger Außenminister und mittlerweile auf der Payroll eines Think-Tanks der ehemaligen US-Außenministerin und Brzezinski-Schülerin Madeleine Albright, Anfang Mai 2014 in einem Interview tönte: "Putin will die Weltmacht!"⁵ Die will er zwar keineswegs, anders als Fischers Arbeitgeber in den USA.

Die amerikanische Geostrategie muss man also kennen, wenn man die Ereignisse in der Ukraine verstehen will - ebenso wie ihren Gegenpol, die "eurasische" Strategie, die der russische Soziologe und Philosoph Alexander Dugin entworfen hat und die sich gegen die Universalität des westlichen Systems und eine globale amerikanische Bevormundung richtet (Kapitel 14). In beiden Konzepten spielt die Ukraine als "Dreh- und Angelpunkt" (Brzezinski) zwischen dem transatlantischen und dem eurasischen Block eine entscheidende Rolle - und droht nach dem vom Westen massiv geförderten Putsch und dem anschließenden Bürgerkrieg jetzt zu zerreißen. In diesem Krieg geht es nicht um Freiheit oder Menschenrechte, sondern um Macht und Stellungskriege auf dem geopolitischen Schachbrett. Und wie im verfrüht beendet geglaubten Kalten Krieg wird in seiner Neuauflage der Kampf wieder mit Stellvertretern geführt - in diesem Fall mit der ohnehin schon gespaltenen und streitenden Bevölkerung der Ukraine.

Zum wiederholten Mal wird das zerrissene Land zum Aufmarsch- und Schlachtfeld, bei dem sich die Landsleute gegenseitig bekriegen, weil fremde Mächte es als Stellvertreter für ihre Kämpfe nutzen

Nehmen wir einmal folgendes Szenario an: In Deutschland findet ein von einer äußeren Macht geförderter Putsch statt, bei dem die demokratisch gewählte Regierung mit Waffengewalt abgesetzt und durch ein Regime ersetzt wird, in dem die NPD und ihre bewaffneten Kameradschaften einen bedeutenden Einfluss haben. Daraufhin besetzen in Nordrhein- Westfalen aufgebrachte Bürger Rathäuser und Verwaltungsgebäude und errichten Straßensperren, weil sie die Junta in Berlin nicht als legitime Regierung ansehen. Sie fordern Autonomie für ihre Region, wollen dazu ein Referendum abhalten, doch Berlin schickt Panzer und Soldaten, um diese "Separatisten" und "Terroristen" zu eliminieren.

So werden die rebellierenden Bürger Nordrhein-Westfalens in den Medien durchweg genannt, obwohl sie keinerlei Interesse haben, sich von der föderalen Republik zu separieren, doch einer illegal an die Macht gekommenen Regierung unterordnen wollen sie sich auch nicht. Sie fordern größere Autonomierechte für ihre Region und weigern sich, Befehle aus der Hauptstadt anzunehmen, die nun ihrerseits die Armee mobilisiert, um die "Aufständischen" zu bekämpfen.

Ziemlich genau dies geschieht aktuell in der Ukraine, wo inzwischen CIA und FBI das Regime in Kiew beraten⁶, wie solche Angriffe auf die eigene Bevölkerung am besten zu führen sind, und wo nach Presseberichten schon vierhundert private Söldner amerikanischer Militärkonzerne im Kampfeinsatz sind⁷ - neben den Terrormilizen des Rechten Sektors, die jetzt als "Nationalgarde" in offizieller Mission agieren.

So wird zum wiederholten Mal in der Geschichte das zerrissene Land der Ukraine, das außer während einiger Monate nach dem Ersten Weltkrieg erst seit 1991 eine eigenständige Nation ist, zum Aufmarsch- und Schlachtfeld, bei dem sich die Landsleute gegenseitig bekriegen, weil fremde Mächte es als Stellvertreter für ihre Kämpfe nutzen.

Unter den Habsburgern galten die Ukrainer als die "Tiroler des Ostens", weil sie wie diese sehr kaisertreu zur Monarchie standen, den feudalen Polen galten sie als "Kleinpolen", dem russischen Zarenreich als "Kleinrussen" und ihre Sprache als jeweils bäuerlicher Dialekt der eigenen Hochsprache. Alle führten Kriege um die Kontrolle dieses großen Landes, das wie kein anderes in Europa seine Grenzen, Verwaltungen, Währungen und Amtssprachen in den letzten zweihundert Jahren Dutzende Male ändern musste - nicht aus eigenem Willen, sondern auf Druck kolonialer und imperialer Mächte.

Diese ebenso wechselvolle wie tragische Geschichte hat in den kaum mehr als zwei Jahrzehnten autonomer Existenz der Ukraine nicht zu einer einheitlichen Geschichts- und Erinnerungskultur geführt. Vielmehr herrscht heute eine Art historisches Identitätssplitting, bei dem auf der einen Seite dem mit der deutschen SS alliierten Nationalistenführer Stepan Bandera gehuldigt wird, der gegen Polen, Russen und Juden kämpfte, und auf der anderen Seite mehr oder weniger offen Stalin, der im "Großen Vaterländischen Krieg" den Faschismus besiegte - wobei jede Seite die Helden der anderen für verachtenswerte mörderische Verbrecher hält. Und so wenig die junge Ukraine ein identitätsstiftendes, mehrheitsfähiges nationales Narrativ hervorgebracht hat, so wenig ist sie auch zu einer echten parlamentarische Demokratie geworden.

Was einst die Statthalter des Zaren, des polnischen Adels oder der Donaumonarchen waren, sind heute Oligarchen und Provinzfürsten, die Wirtschaft und Medien kontrollieren und damit auch die Politik in Kiew. Gegen ein derart korrumpiertes, pseudodemokratisches Feudalsystem wendet sich der Protest der ukrainischen Bevölkerung seit vielen Jahren und kulminierte im Herbst 2013, als sich die amtierende Regierung weigerte, das von der Europäischen Union angebotene Assozi-

ierungsabkommen zu unterzeichnen. Dabei handelte es sich schlichtweg um ein "unanständiges" Angebot, weil es eine gleichzeitige Zoll- und Handelsunion mit Russland ausschloss und weil es militärische Zusammenarbeit und damit die Anwesenheit der Nato in der Ukraine einschloss. Außerdem konnte dieses Angebot, soweit es einen möglichen Beitritt zur EU betraf, nicht ernstgemeint sein, gleichwohl es den Protestierenden auf dem Maidan so suggeriert wurde und sie deshalb auch mit Europafähnchen auftraten.

All diese "Fallstricke", die bei jedem Präsidenten der Ukraine Skepsis und Bedenken ausgelöst hätten, wurden in den westlichen Medien ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass die Chance, ein Land mit fast fünfzig Millionen Einwohnern in die EU aufzunehmen, deren Pro-Kopf-Einkommen gerade mal ein Drittel der ärmsten EU-Länder beträgt, nur auf sehr lange Sicht nicht gleich Null ist.

Doch alles dies musste unter den Mantel des Schweigens gebettet werden - um die Bürgerproteste in Kiew weiter mit Hoffnung zu nähren, um Proteste zu Hause gar nicht aufkommen zu lassen und um die gesamte Schuld an dem Konflikt der neuen Ausgeburt des Bösen allein zuschieben zu können: Osama bin Putin.

Wenn Sie nach der Lektüre dieses Buchs vielleicht ein bisschen zum "Putinversther" geworden sind, sind sie keinesfalls blauäugig, sondern haben sich vom undifferenzierten Blick einer Schwarzweißpropaganda verabschiedet, mit der Völker zum Krieg getrieben werden. Dabei wird natürlich jeder Seite von ihren Propagandisten stets eingeredet: "Wir sind die Guten!"

Anhang

Fußnoten

- 1) ARD-DeutschlandTrend Mai 2014[1]: Fast Dreiviertel der Deutschen haben Sorge vor neuem 'Kalten Krieg'/ Stimmung gegenüber Russland auf Tiefpunkt", WDR, 30. April 2014. Thorsten Jungholt: Deutschland geht auf Distanz zum Westen[2], Die Welt, 3. April 2014,
- 2) Julia Staib: "Ukraine-Kommentare im Internet: Meinungskrieg um die Krim[1], FAZ, 26. März 2014.
- 3) "Mehrheit der Deutschen hält Medien für korrupt[1], Die Zeit, 9. Juli 2013.
- 4) Zbiginiew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, 1997/2001, S. 216.
- 5) René Lüchinger und Joschka Fischer: Putin will die Weltmacht[1], Blick, 2. Mai, 2014.
- 6) Dozens Of CIA, FBI Agents 'Advising Ukraine Government', AFP, 4. April 2014.
- 7) The Voice of Russia: "US Blackwater Mercenary Units Behind Kiev Regime's Outburst in Ukraine[1], Global Research, 14. Mai, 2014,

Links

[1]

http://www.westendverlag.de/buecher-themen/programm/mathias-broeckers-paul-schreyer-wir-sind-die-guten.html#.U_DVz2MXz-o

[1]

https://presse.wdr.de/plounge/tv/das_erste/2014/04/20140430_ard_deutschlandtrend_3.html

[1]

<http://www.faz.net/aktuell/politik/krimkrise-in-deutschen-medien-was-geht-bloss-in-diesen-koepfen-vor-12865042-p2.html>

[1]

<http://www.zeit.de/kultur/2013-07/transparency-bericht-korruption-medien>

[1]

<http://www.blick.ch/news/ausland/blick-interview-mit-joschka-fischer-putin-will-die-weltmacht-id2827587.html>

[1]

<http://www.globalresearch.ca/us-blackwater-mercenary-units-behind-kiev-regimes-outburst-in-ukraine/5382461>

[2]

<http://www.amazon.de/dp/B00MPLNNC4/ref=nosim?tag=telepolis0b-21>

[2]

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article126545412/Die-Deutschen-gehen-auf-Distanz-zum-Westen.Html>

Artikel URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42539>